

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 pbn d

Inhalt

Anke Fuchs MdB warnt vor dem Verdrängen der Massenarbeitslosigkeit: Die soziale Frage braucht neue soziale Bewegung.

Seite 1

Dr. Wilhelm Bruns analysiert den Stand der Bemühungen um den Beginn von KRK-Verhandlungen: Wie geht es weiter bei der Abrüstung?

Seite 3

Dietrich Sperling MdB bewertet die konjunkturpolitischen Konsequenzen eines neuen Stoltenberg-Einfalls: Bausparen auf der Abschußliste.

Seite 5

Dokumentation

Heinz Putzrath erhielt das Verdienstkreuz 1. Klasse. Wir dokumentieren die Laudatio des nordrhein-westfälischen Innenministers Dr. Herbert Schnoor.

Seite 8

43. Jahrgang / 26

8. Februar 1988

Die soziale Frage braucht neue soziale Bewegung

Die Langzeitarbeitslosigkeit ist nicht für die Statistik da

Von Anke Fuchs MdB
SPD-Bundesgeschäftsführerin

Die Vorstellung einer SPD-Dokumentation „Neue Armut in der Bundesrepublik“ war begleitet vom Versuch des Regierungssprechers, die verheerende Lage Arbeitsloser zu verniedlichen. Hat er sich nicht sogar über sie lustig gemacht? Während wir dazu angetreten sind, die Gewöhnung an Massenarbeitslosigkeit zu durchbrechen, läßt die Bundesregierung im Lande das Ammenmärchen verbreiten: So schlimm ist es nicht; von neuer Armut durch Arbeitslosigkeit kann schon gar keine Rede sein.

Ich möchte deshalb noch einmal bekräftigen:

1. Die individuellen und gesellschaftlichen Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit erfordern stärkere Beachtung als bisher und erzwingen unverzügliches Handeln. Ein Pfund Butter, Herr Bundeskanzler, für die Bedürftigen in diesem Lande - ist das die Antwort auf die Herausforderung?
2. Weil wir die Verschleuderung sozialetischer Normen durch diese Bundesregierung beobachten, fordern wir für die soziale Frage eine neue soziale Bewegung, und die soziale Frage stellt sich jetzt in der Form der Langzeitarbeitslosigkeit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortungsbereich
mit europäischer Rechtskraft
Kreuzdruck-Verlag



3. Um dies zu bewerkstelligen, schlagen wir vor, daß Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Parteien und die Selbsthilfeorganisationen der Arbeitslosen sich einen Ruck geben und aufeinander zugehen, um gemeinsam Lösungen zu suchen. Ich jedenfalls habe meine Parteifreunde gebeten, dies vor Ort zu versuchen.
4. Arbeitslosigkeit ist kein Naturzustand. Folglich ist die Gewöhnung daran das Ergebnis eines fehlenden politischen Willens. Lösungen jedenfalls gäbe es. Auch davon ist in unserer Dokumentation reichlich die Rede.
5. Unser Engagement für die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen und Männer in der Stahlindustrie und im Montanbereich wird uns nicht davon ablenken, auch andere Krisenbranchen und Problemgruppen des Arbeitsmarktes gleichrangig in unsere Bemühungen einzubeziehen.
6. Deshalb ist es das Anliegen unserer Dokumentation, bei der Beschäftigung mit Arbeitslosigkeit der Langzeitarbeitslosigkeit und deren Folgen auch im beschäftigungspolitischen Feld erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Weil die bislang erörterten beschäftigungspolitischen Maßnahmen an den Langzeitarbeitslosen in der Regel vorübergegangen sind, haben wir gezielte Hilfen für diese Bürgerinnen und Bürger vorgestellt. Wir treffen uns bei diesen Überlegungen übrigens aufs engste mit den Lösungsvorschlägen, wie sie im November die Evangelische Kirche vorgelegt hat. Wir meinen, daß wir um einen temporären zweiten Arbeitsmarkt nicht herumkommen.

Der Worte sind nun genug gewechselt; die von uns Politikern vertretenen Bürger wollen endlich Taten sehen.

(-/8.2.1988/st/ks)

* * *



Wie geht es weiter bei der Abrüstung?

Wir dürfen Verhandlungsabstimmungen bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen nicht zulassen!

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von der Dynamik, von der im Zusammenhang mit dem beispielhaften Washingtoner Abkommen vom 8. Dezember 1987 die Rede war, ist momentan nicht viel zu spüren.

Von allen Seiten wurde die Parole ausgegeben, ohne Pause und ergebnisorientiert über alle Waffenarten zu verhandeln.

Wie stellt sich die Abrüstungslage dar?

Über INF gibt es einen Vertrag. Dieser muß zwar noch ratifiziert werden, aber alle Experten gehen davon aus, daß der amerikanische Senat wie der Oberste Sowjet das Washingtoner Abkommen vom 8. Dezember 1987 ratifizieren werden.

Wir stehen unmittelbar vor einer Einigung bei den amerikanisch-sowjetischen START-Verhandlungen, vorausgesetzt, es bleibt bei dem politischen Willen, diesen Vertrag beim nächsten Gipfel in Moskau zu unterzeichnen. Wichtig wird sein, hier eine Einigung über die Interpretation des ABM-Vertrages zu erzielen. Über die chemischen Waffen wird - soweit erkennbar - erfolgreich verhandelt.

Die letzte Hürde, ein zuverlässiges und anerkanntes Kontrollregime zu errichten, wird immer kleiner (hier gibt es bekanntlich einen neuen Vorschlag unter dem Stichwort „dreistufiges Matrix-System“, der gute Chancen hat, angenommen zu werden).

Sind die Aussichten bei diesen bislang genannten Verhandlungen nicht schlecht, so ist zu fragen, wie es bei jenen Verhandlungen weitergeht, die für uns Europäer besonders wichtig sind, also bei der konventionellen Abrüstung, bei der Weiterentwicklung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen und nicht zuletzt bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen. Die Bundesregierung steht hier besonders unter Handlungsdruck. Wie ist der Stand der Bemühungen um den Beginn einer Konferenz über konventionelle Abrüstung?

Die KRK-Verhandlungen

Die Wiener Mandatsverhandlungen über die Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Rüstungskontrolle in Europa (KRK) stehen kurz vor dem Abschluß. Allerdings bestehen noch Unklarheiten bezüglich der Behandlung sogenannter bivalenter Systeme, die also sowohl nuklear als auch konventionell einsetzbar sind. Die NATO vertritt hier - vor allem aufgrund der Position Frankreichs - die Ansicht, daß Nuklearwaffen nicht in einem zukünftigen KRK-Forum behandelt werden sollen, während die Sowjetunion dieses gerade lange Zeit forderte. Inzwischen scheint aber soviel klar zu sein: Die nuklearfähige Artillerie kommt bei der KRK auf den Tisch, also auf westlicher Seite die Träger M-109 und M-110, auf östlicher Seite die M-1957 und die M-1955. Die nuklearen Sprengköpfe sollen jedoch nicht verhandelt werden. Die Sowjetunion scheint auch zu akzeptieren, daß Kampfflugzeuge vorerst nicht bei der KRK verhandelt werden. Womit diese zweite bivalente Kategorie bis auf weiteres außen vor bleibt. Bleiben noch die landgestützten Raketen mit bis zu 500 Kilometer Reichweite. Hier sind für die westliche Seite die Lance, und für die östliche Seite die SCUD, die FROG und vermutlich auch die SS-21 sowohl mit einem nuklearen, als auch mit einem konven-



tionellen Sprengkopf ausrüstbar, ja es ist sogar die Montage eines chemischen Sprengkopfes möglich. Der sowjetische Außenminister Schewardnadse meinte zu diesem Problem anlässlich seines Besuches in Bonn, daß alle bivalenten Systeme bei den KRK verhandelt werden sollen, nicht jedoch die die nuklearen Mittel direkt betreffenden Fragen. Dies könnte bedeuten, daß die Trägersysteme aller Kurzstreckenraketen bei der KRK verhandelt werden, mit Ausnahme der französischen Pluton, die nur einen nuklearen Sprengkopf besitzt. Damit wäre das französische Bedürfnis, nicht über die eigenen taktischen Nuklearwaffen in einem multilateralen Forum verhandeln zu wollen, befriedigt. Andererseits könnten die Trägersysteme für die anderen Kurzstreckenraketen, die - wie die Lance - gar nicht den Supermächten, sondern zum großen Teil ihren Alliierten gehören, sinnvoll verhandelt werden, denn ein bilaterales Forum der USA und der UdSSR wäre hier schon insofern kaum vernünftig, als bei den INF-Verhandlungen anhand der Debatte um die bundesdeutschen Pershing IA-Raketen deutlich wurde, daß Trägersysteme der Alliierten nicht Bestandteil eines bilateralen Vertrages sein können. Blicke die Frage, wie die nuklearen Sprengköpfe für Kurzstreckenraketen verhandelt werden sollen. Aus Gründen der Verifikation wären hier nur Lösungen möglich, die auch die nuklearen Bomben für die Flugzeuge mit einbeziehen. Diese müßten dann bilateral oder unter Einbeziehung der Briten und Franzosen verhandelt werden.

Chancen von Bundesrepublik und DDR

Der gegenwärtige Stand der Abrüstungsverhandlungen hat auch einen Aspekt, der mit der sicherheitspolitischen Rolle der beiden deutschen Staaten zu tun hat. Es gibt eine große Chance, mit der DDR - gemeinsam oder abgestimmt - Initiativ zu werden: Bei den Verhandlungen über chemische Abrüstung sitzen die beiden deutschen Staaten in Genf nicht nur gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch, sondern sie sind die Staaten, die vital an einem Verbot der C-Waffen interessiert sind. Im Ziel stimmen sie überein. Sie unterscheiden sich jedoch im Herangehen: Die DDR sieht im regionalen Ansatz einen Schritt hin zur weltweiten Vernichtung. Die Bundesregierung hält einen Zwischenschritt nicht für zweckmäßig. Die Botschafter beider deutscher Staaten sprechen sich im übrigen (als Ergebnis eines Briefwechsels von Kohl und Honecker) am Rande der Genfer Abrüstungskonferenz ab (zusammen mit dem Botschafter der CSSR).

Beide deutsche Staaten wollen sich für eine baldige INF-Ratifizierung einsetzen. Beide sollten sich im übrigen auch für ein Modernisierungsverbot bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen stark machen. Beide sprechen sich im Grunde auch gegen jede Verhandlungsabstinenz bei diesen Systemen aus. Die DDR stärker, die Bundesregierung schwächer. Im übrigen: Warum läßt sich der Bundeskanzler so viel Zeit bei der Beantwortung des Honecker-Briefes vom 16. Dezember 1987?

Bundesrepublik und DDR stimmen völlig überein bei der Halbierung der interkontinentalen Raketen von USA und UdSSR. Die beiden deutschen Staaten beteiligen sich im übrigen aktiv an der Ausarbeitung eines Mandats für die konventionelle Abrüstung in Europa sowie für die Fortsetzung der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (KVAE II).

Auf der jüngsten Wehrkundetagung in München wurde dem Bundeskanzler noch einmal demonstriert, daß unsere westlichen Verbündeten sich in einem einig sind: Erst Verhandlungen über konventionelle Waffen und dann Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenwaffen mit der Variante des amerikanischen Verteidigungsministers Carlucci, „solange“ die Kurzstreckenwaffen zu modernisieren. Dieser Fahrplan liegt nicht im deutschen Interesse. Die Bundesregierung muß hier im westlichen Bündnis mindestens erreichen, daß parallele Verhandlungen aufgenommen werden. Dabei wird sie von der parlamentarischen Opposition unterstützt.

(-/8.2.1988/st/ks)

* * *



Bausparen auf der Abschlußliste?

Der Bund spart wieder an der falschen Stelle

Von Dietrich Sperling MdB

Wirtschaftsinformationsdiensten war vor einiger Zeit zu entnehmen, daß Finanzminister Stoltenberg vor der Bristol-Runde der deutschen Kreditwirtschaft die staatliche Förderung des Bausparens als verzichtbar bezeichnet hat.

Das Finanzministerium hat dazu sehr aufschlußreich, weil ausweichend erklärt:

„Bei der Bristol-Runde handelt es sich um ein vertrauliches Gespräch, über dessen Ablauf keine Auskünfte gegeben werden.“ Bezüglich der Auffassung des Finanzministers verweist das Ministerium auf den Referentenentwurf zur sogenannten Steuerreform, die das Bausparen „vom Grundsatz her“ (!) beibehalte. Aber: Durch eben dieses Gesetz wird die Bausparförderung um circa 360 Millionen DM jährlich gekürzt (110 Millionen durch Senkung der Prämienförderung und 250 Millionen indirekt durch Steuermehreinnahmen aufgrund des reduzierten Sonderausgabenabzuges). Hinzu kommt die Quellensteuer. Diese Einschränkungen sind zu sehen vor dem Hintergrund der schleichenden Auszehrung der Bausparförderung durch die Nicht-Anpassung der Einkommensgrenzen und andere Maßnahmen der letzten Jahre. Die Ausgaben nach dem Wohnungsbauprämiengesetz, die einmal über drei Milliarden DM jährlich gelegen haben, liegen nunmehr deutlich unter einer Milliarde DM.

Wenn sich die Strukturen der Eigentumsfinanzierung ändern, hat das sicher Auswirkungen auf das Bausparen. Aber: Die erneuten Kürzungen, die nicht bei den Einkommensgruppen wirksam werden, die von den damit finanzierten Steuersenkungen am meisten profitieren, treffen den Wohnungsbau in einer Phase des absoluten Tiefstandes. Während der Bauminister der Bundesregierung neuerdings wieder erkannt hat, daß sich die Anzeichen für zunehmende Spannungen auf den Wohnungsmärkten mehren, streicht ihm der Finanzminister weiter sein Budget zusammen.

Hier wird wieder an der falschen Stelle gespart: Es werden Leistungen gekürzt, die bei Gruppen, bei denen noch Nachfrage besteht, zu mehr Investitionen im Bausektor und zu mehr Beschäftigung in einer krisengeschüttelten Branche führen.

(-/8.2.1988/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION
=====

Hohe Auszeichnung für AvS-Vorsitzenden Heinz Putzrath

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Zur Begründung erklärte der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Herbert Schnoor, der die Auszeichnung am 5. Februar in Bonn vornahm:

Herrn Putzrath wurde am 3. Dezember 1976 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Seit seiner Erstauszeichnung hat er neue verdienstvolle Leistungen erbracht, die nunmehr die Verleihung des Verdienstkreuzes 1. Klasse im Wege der Höherstufung rechtfertigen.

Herr Putzrath, der 1934 aus Deutschland aus politischen Gründen emigrierte, war von 1943 bis 1946 in Großbritannien Vorsitzender der „Sozialistischen Jugend“ innerhalb der „Union deutscher sozialistischer Organisationen“. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und war von 1946 bis 1960 Leiter der Auslandsabteilung beim Vorstand der SPD in Hannover und Bonn. Von 1947 bis 1951 war er Vorsitzender der Jungsozialisten in Hannover und von 1960 bis 1968 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der „Weltweiten Partnerschaft“. Herr Putzrath erwarb sich in dieser Zeit besondere Verdienste um die Wiederanknüpfung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland. Ihm ist es im wesentlichen mitzuverdanken, daß noch bestehende Ressentiments abgebaut werden konnten.

Von 1969 bis 1981 war Herr Putzrath Leiter der Abteilung „Außerschulische Bildung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. In den letzten Jahren seines Wirkens setzte er neue Schwerpunkte in der politischen Bildungsarbeit. So machte er auf die beginnende Ausländerfeindlichkeit in Verbindung mit der Wiedererstarkung rechtsextremistischer Gedankengutes aufmerksam. Er initiierte Seminare, die eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Ziel hatten.

Eine weitere Initiative befaßte sich mit der Entwicklung einer Konzeption einer Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung, die sich mit dem Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in den Jahren von 1933 bis 1945 befaßte. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst ist Herr Putzrath weiterhin beratend tätig. Er hat Seminarekonzeptionen zur Frage des deutsch-israelischen Verhältnisses mitentwickelt und auch als Referent zur Verfügung gestanden.

In der deutsch-israelischen Gesellschaft gehört Herr Putzrath seit einigen Jahren dem Präsidium an und setzt sich aktiv für die Zielsetzung dieses Vereins ein.

Seit 1981 gehört er dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten an und ist seit 1983 Bundesvorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft. Weiterhin ist er Mitglied in der historischen Kommission der SPD und im Seniorenbeirat beim Parteivorstand.

Das Auswärtige Amt befürwortet nachdrücklich die Auszeichnung.

(-/8.2.1988/vo-he/st)

* * *

